

Politische Bildung für alle!

Gemeinsame Erklärung zur politischen Bildung

4. Mai 2016

Angesichts der aktuellen gesellschaftspolitischen Situation erklären wir, die für politische Bildung zuständigen SPD-Abgeordneten in deutschen Landtagen und im Deutschen Bundestag, SPD-Mitglieder der Kuratorien der Landeszentralen und der Bundeszentrale für politische Bildung, hiermit:

Politische Bildung war nie wichtiger als jetzt. Sie ist das Rüstzeug, um den Überblick zu behalten und sich nicht von vermeintlich einfachen Lösungsvorschlägen populistischer Ideologen blenden zu lassen, die in der Praxis nicht tragen. Sie muss unabhängig sein, sie muss Vertrauen genießen und sie muss neue Wege gehen – etwa in den sozialen Medien. Sie muss sich mutig, zielgruppenspezifisch und möglichst barrierefrei an benachteiligte Gruppen wenden.

Die Welt scheint aus den Fugen geraten. Viele Menschen in Deutschland, Europa und der Welt empfinden eine tiefe Verunsicherung. Mehr als 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Ein Teil von ihnen macht sich auf den Weg nach Europa und gelangt auch nach Deutschland. Politik und Gesellschaft stehen vor einer Situation, die sie in hohem Maße fordert. Wir erleben einen gesellschaftlichen Wandel, der sich so schnell vollzieht, dass viele nicht mehr mitkommen. Und es treten neue Konflikte auf, denen wir uns stellen müssen.

Gewalt und Terror überziehen viele Regionen der Welt und machen auch vor unserer Haustür nicht halt. Die Anschläge in Paris und Brüssel haben uns vor Augen geführt, wie verletzlich unsere offene Gesellschaft ist. Sie haben uns aber auch gezeigt, wovor wir zu lange die Augen verschlossen haben: Der Terror kann aus unserer Mitte kommen. Ganze Bevölkerungsteile, die abgehängt und ohne Perspektiven sich nicht mehr als Teil unserer Gesellschaft fühlen, schließen sich radikalen, zum Teil gewaltbereiten Ideologien wie dem Salafismus an. Sie wenden sich damit gegen die Gesellschaft, die sie zu lange missachtet hat.

Weltweit ist zu beobachten, dass Konflikte immer komplexer werden, dass es für verheerende Kriege wie beispielsweise in Syrien auch nach Jahren nur mühsame Schritte in Richtung einer Verbesserung gibt. Die Lösung liegt noch immer in weiter Ferne. Dabei werden systemische Schwächen sichtbar, etwa die teilweise Handlungsunfähigkeit der Vereinten Nationen.

Aber auch die Europäische Union steckt in einer tiefen Krise: An den großen Fragen unserer Zeit scheiden sich die Geister und nationale Einzelinteressen gewinnen wieder die Oberhand. Dieses Auseinanderdriften hat auch eine gesellschaftliche Dimension. Viele Menschen haben sich von den politischen Akteuren entfremdet und zum Teil auch von der Demokratie. Auch deshalb fahren in Deutschland und Europa Populisten große Wahlerfolge ein. Rechtes Gedankengut ist wieder salonfähig geworden und eine Verrohung ist in Teilen der Gesellschaft zu beobachten.

In diesen gesellschaftlich und politisch bewegten Zeiten ist es wichtiger denn je, die Demokratie und ihre Institutionen zu stärken und den Menschen ihre Bedeutung zu vermitteln. Momentan ist jedoch eine Distanz zwischen Individuen und den etablierten Institutionen – staatlichen wie auch zivilgesellschaftlichen – zu spüren. Diese Distanz zu überwinden ist eine große Herausforderung, der sich nicht nur die Gesellschaft, die Parteien und die Politik insgesamt, sondern gerade auch die politische Bildung stellen muss. Institutionen können besonders in Transformationszeiten Stabilität, Orientierung und Sinn vermitteln. Gleichzeitig dienen sie der Bildung, der Bündelung und Artikulation von ver-

schiedenen Interessen. Sie sind wichtig dafür, dass in einer heterogenen Gesellschaft Solidarität und Gemeinsinn entstehen kann.

Gerade vor dem Hintergrund, dass politische Bildung sich auch an diejenigen Bevölkerungsgruppen wenden muss, die nicht über die traditionellen Wege den Zugang zur politischen Bildung finden, wollen wir unsere Arbeit nach dem Prinzip der „politischen Bildung für alle“ ausrichten. Prekäre soziale Verhältnisse, gesellschaftliche Ungleichheit und geringe politische Partizipation hängen zusammen. Sozial benachteiligte Gruppen beteiligen sich immer weniger an politischen Prozessen. Politische Bildung muss deshalb neue Formate entwickeln und ausbauen, die tiefer in die jeweiligen Lebenswelten eintauchen und dort ansetzen, wo die Gruppen sind: z.B. im Quartier oder am Arbeitsplatz. Die Schnittstellen mit anderen Disziplinen – sozialer Arbeit, Jugendarbeit, kultureller Bildung, Sport usw. – müssen gesucht und ausgebaut werden. Nötig sind ebenfalls Kooperationen mit anderen Institutionen und Organisationen, etwa den Gewerkschaften. Zudem wollen wir die politische Bildungsarbeit in Zukunft stärker sozialräumlich orientiert wissen und auf die sozialen Quartiere beziehen.

Dabei ist es entscheidend, dass die Angebote glaubwürdig sind. Ein wesentlicher Baustein dafür können Bildungspartnerschaften mit Peers aus den verschiedenen Milieus sein. Außerdem ist es für die Glaubwürdigkeit wesentlich, dass die „Gesichter“ der politischen Bildung so vielfältig sind wie die deutsche Realität – im sozialen wie im kulturellen Sinn: Neue Deutsche, Schwarze Deutsche, Alte, Junge, Azubis, Studierende, Angestellte, Arbeiter, Muslime, Christen, Juden, Frau, Mann, Transgender, Menschen mit und ohne Beeinträchtigung etc. Wir sind überzeugt, dass wir uns den Herausforderungen unserer Zeit entschlossen, offen, fair und auf Basis unserer gemeinsamen Grundwerte stellen müssen. Wir müssen aufrechte Demokratinnen und Demokraten stärken. Wir müssen Gegenöffentlichkeit gegen den erstarkenden Populismus stärken. Und wir müssen die Menschen wieder für demokratische Politik begeistern. Deshalb fordern wir von Bund und Ländern ein klares Bekenntnis zur Stärkung der politischen Bildung auf Bundes- wie auf Landesebene: Mehr Engagement für politische Bildung. Mehr Ressourcen für politische Bildung. Mehr Aktivität gegen Populismus jeder Art.